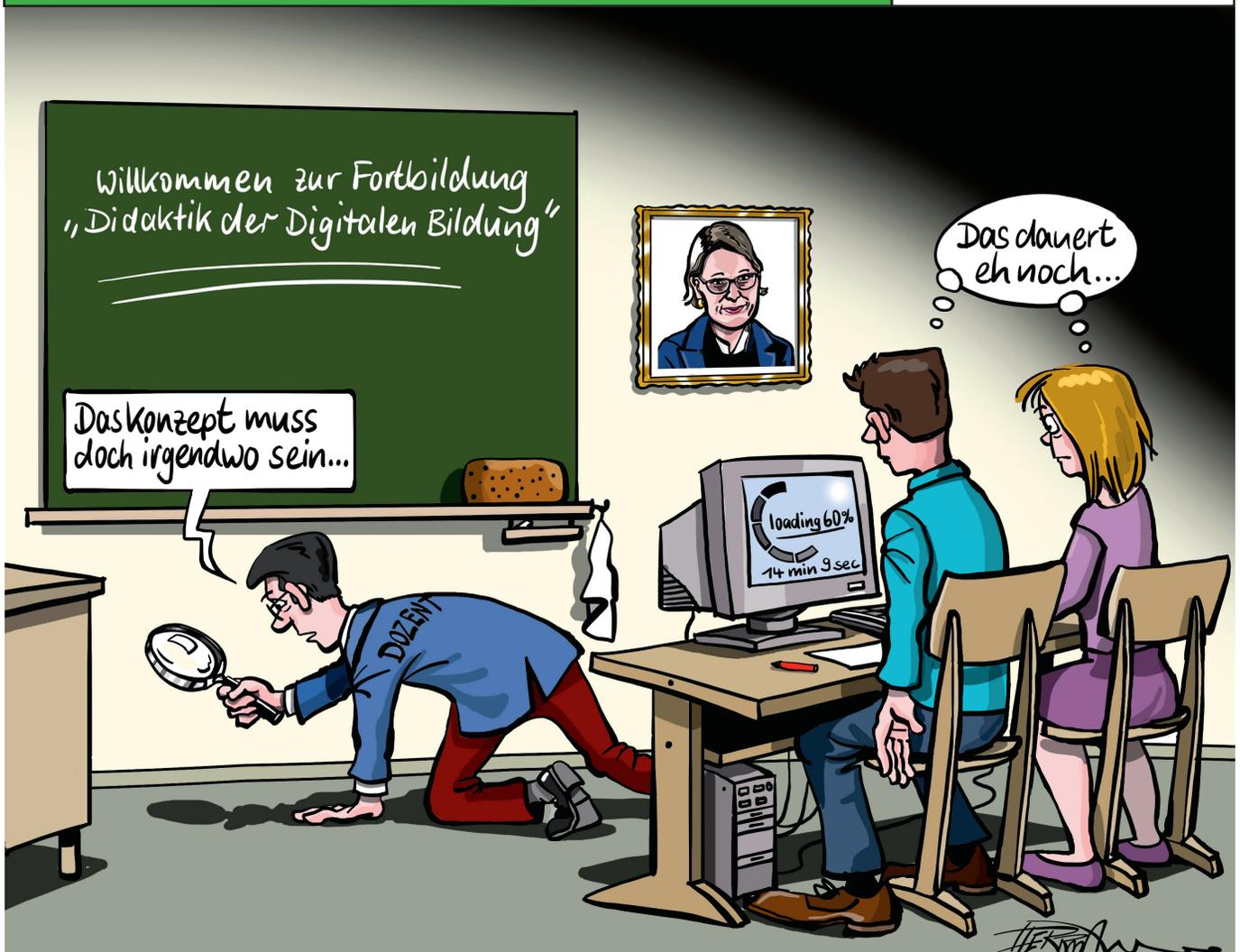


VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2021

März 2021



**Landtagswahl 2021:
Der VLW fühlt Landtagsparteien auf den Zahn**

**Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in
Coronazeiten gelingt**

Personalratswahl 2021

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß	3
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021	4

Gastbeitrag

Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt	10
--	----

Personalratswahl 2021

Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz - zehn Forderungen für eine bessere BBS	11
Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz	12

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allenthalben ist von einem Superwahljahr 2021 die Rede. Für uns Rheinland-Pfälzer stimmt das sogar, denn neben einem neuen Landtag im März und einem neuen Bundestag im September wählen wir im Mai auch neue Personalräte. Neben den Örtlichen Personalräten in den Schulen, in denen sich regelmäßig zahlreiche VLW-Mitglieder zum Wohle unserer Kolleginnen und Kollegen engagieren, werden auch ein neuer Bezirks- und ein neuer Hauptpersonalrat gewählt. Die Listen dafür mussten wir dieses Mal in einem schriftlichen Abstimmungsverfahren aufstellen, das stark an eine Briefwahl erinnert hat. Allen Organisatoren im Hintergrund und allen Delegierten, die sich daran beteiligt haben, gilt unser Dank!



Wofür wir als VLW Rheinland-Pfalz stehen und wofür wir in den kommenden Jahren kämpfen wollen und wer für diese Positionen zukünftig in den Stufenvertretungen BPR und HPR eintreten soll, präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl haben wir vier im Landtag vertretenen Parteien auf den Zahn gefühlt. Wie sich die Parteien zu unseren Anliegen positionieren, können sie in diesem Heft lesen. Leider haben Bündnis 90/Die Grünen bisher nicht geantwortet. Falls das noch geschieht, werden wir ihre Antworten auf unserer neuen Website veröffentlichen.

Sie haben richtig gelesen, wir haben eine neue Website! Unser Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler hat aus eigenem Antrieb und mit gigantischem Engagement eine komplett neue Seite entwickelt. Dafür sagen wir ihm ein herzliches Dankeschön! Schauen Sie mal rein unter www.vlw-rlp.de, es lohnt sich! Das gilt ebenso für den Artikel von Thomas Becker, der aus Sicht eines Fachleiters sehr gelungen darlegt, wie Lehrerausbildung unter Pandemiebedingungen gelingen kann.

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:
ruth.jakob@vlw-rlp.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Berufsbildende Schulen müssen Schritt halten können

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Landtagswahl steht kurz bevor, die Bundestagswahlen folgen im Herbst. Typischerweise ist dies eine Zeit, in der von den politischen Parteien jeglicher Couleur eine deutliche Verbesserung des aktuellen Zustands in Aussicht gestellt wird. Parteiübergreifend besteht Einigkeit darin, dass mehr finanzielle Mittel für Bildung eingesetzt werden müssen, um den Standort Deutschland auch in Zukunft konkurrenzfähig zu halten.

Was mir an dieser an sich begrüßenswerten Diskussion missfällt, ist die Tatsache, dass die berufliche Bildung zumeist nicht im Fokus der Debatten steht. Dies führt dazu, dass unser Ministerium bei seinen Entscheidungen regelmäßig die allgemeinbildenden Schularten in den Blick nimmt und die dort passenden Regelungen auf den BBS-Bereich zu übertragen versucht. Damit kann man den berufsbildenden Schulen mit ihrer Vielfalt an Bildungsgängen, vom BVJ bis zum beruflichen Gymnasium, von der Berufsschule bis hin zu den Fachschulen, jedoch nicht gerecht werden.

Deutlich sichtbar wird dies bei der Umsetzung des Digitalpakts, bei der in vielen Städten und Kommunen die berufsbildenden hinter den allgemeinbildenden Schulen mit dem Hinweis eingereicht werden, sie seien ja bereits gut mit digitalen Geräten versorgt. Von der Grundschule an aufwärts sollen die Schulen zunächst bedient werden, damit die Schülerinnen und Schüler von der Pike auf während ihrer kompletten Schullaufbahn mit digitalen Geräten und Medien arbeiten und lernen. Dass bei dieser Vorgehensweise für die berufsbildenden Schulen viele wertvolle Jahre verstreichen, wird fatalerweise ausgeblendet.

Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung von BigBlueButton und Moodle, die allen Schularten gleichermaßen vorgeschrieben werden soll. In der Konsequenz will das Ministerium spätestens zum Schuljahresende die Nutzung von frei am Markt verfügbaren Programmen wie MS Teams, Google-Classroom etc. auch an BBSn verbieten. Dabei wird jedoch verkannt, dass die berufsbildenden Schulen eng mit den Ausbildungsbetrieben zusammenarbeiten und dort selbstverständlich überwiegend mit solch hochentwickelter Software gearbeitet wird. Das Argument, die am Markt angebotenen Programme seien zu teuer, zieht nicht, denn für die Betreuung und Pflege von BigBlueButton und Moodle muss ebenfalls viel Geld aus öffentlichen Kassen in die Hand genommen werden. Was bleibt, ist der Verweis auf Probleme mit dem Datenschutz bei Anbietern, deren Server in den USA oder dem außereuropäischen Ausland stehen.

Doch auch dafür gibt es eine Lösung, wenn man nur will. Der VLW fordert von



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

den politisch Verantwortlichen, über entsprechenden Vertragsvereinbarungen die Nutzung dieser Programme für die Schulen möglich zu machen. Für den Beruf qualifizieren bedeutet, dass unsere Schülerinnen und Schüler mit den digitalen Systemen lernen und arbeiten, die sie auch an ihrem Arbeitsplatz vorfinden.

Die Zukunft unseres international anerkannten Systems der dualen Berufsausbildung wird unter anderem davon abhängen, ob es uns gelingt, auch in diesem Punkt mit den Belangen der ausbildenden Wirtschaft Schritt zu halten.

Die Berufsbildner wählen!

Wir kämpfen für eine starke BBS!



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Wahlprüfstein 1: Sicherung der Berufsbildenden Schulen

Ausbildung im dualen System erfolgt in Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen. Im größtenteils ländlich geprägten Rheinland-Pfalz ist die Erreichbarkeit einer Berufsschule eine wichtige Voraussetzung für Ausbildungsplätze.

Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?

SPD: Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Berufsbildenden Schulen, gerade in der Fläche, ein. Mit dem Schulversuch BS 20 ist der wichtige und richtige Weg der nachhaltigen Schulentwicklung eingeschlagen. Die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für Berufsbildende Schulen in der Fläche wollen wir durch pädagogische, organisatorische und technische Ansätze weiter vorantreiben und so der Verlagerung von Ausbildungsangeboten entgegenwirken. Daneben suchen wir den engen, institutionalisierten Austausch mit den Kammern und der Wirtschaft, um einen Rückgang von Ausbildungsplätzen vorausschauend zu verhindern und zukunftsfeste, tragfähige Lösungen zu finden. Wir betonen in der Berufs- und Studienorientierung die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, werben in allen Schularten für die duale Ausbildung und die Wahlschulbildungsgänge der BBS und streben Kooperationen mit der Wirtschaft an.

CDU: RLP ist ein Flächenland und berufliche Bildung darf nicht nur in den Ballungszentren gewährleistet sein. Fachverwandte Klassen in einzelnen Fächern zusammenzulegen, um Klassenschließungen zu vermeiden, kann daher ein Weg sein, um Angebote in ländlichen Räumen zu halten.

FDP: Es ist im Hinblick auf die ländlichen Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz wichtig, dass Schul- und Ausbildungsplätze im ganzen Land und

möglichst wohnortnah zur Verfügung stehen. Wir wollen die Kriterien für die Festlegung von Ausbildungsstandorten verändern, sodass im ländlichen Raum weiterhin eine flächendeckende und vielfältige Ausbildung an Berufsbildenden Schulen möglich ist. Wir Freien Demokraten wollen die Verzahnung zwischen Unternehmen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und weiteren Institutionen weiter stärken, um Synergien und Mehrwerte für alle zu schaffen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sollen eingebunden werden, um die Abschlüsse von Ausbildungsverträgen zu erhöhen.

Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz setzen sich für eine qualitative Verbesserung des ÖPNV ein. Dazu gehört, dass Bus und Bahn besser miteinander

verknüpft sowie Fahrpläne aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig wollen wir das ÖPNV-Netz ausbauen und damit dafür sorgen, dass der Bus dort öfter fährt, wo er gebraucht wird. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum.

Bündnis 90/Die Grünen haben es leider nicht rechtzeitig geschafft, uns ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zu liefern. Sollten diese noch kommen, werden wir sie auf unserer Internet-Seite www.vlw-rlp.de veröffentlichen.

Die Position des VLW: BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Wahlprüfstein 2: Digitalisierung

Mit den DigitalPakten hat der Bund große finanzielle Anstrengungen unternommen, um die technischen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht unter Einbeziehung der digitalen Medien zu ermöglichen. Was noch fehlt, sind pädagogische Konzepte, um diese Medien sachgerecht und effizient in den Unterricht zu integrieren sowie entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte.

Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Entwicklung zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?

SPD: Die Corona-Pandemie hat der digitalen Bildung enormen Aufschwung gegeben. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Mittel aus dem DigitalPakt vollständig den Schulen zugutekommen. Digitale Bildung bedeutet jedoch mehr als die Bereitstellung von Technik und muss auch als pädagogisches Konzept gedacht werden. Wir verfolgen dabei eine Gesamtstrategie von der Kita bis

zum Schulabschluss. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört dabei in unseren Schulen selbstverständlich dazu. Dafür wollen wir unser Programm „Medienkompetenz macht Schule“ zu einem Landesprogramm „Digitale Schule“ weiterentwickeln. Auch die Lehrkräfte wollen wir dabei mitdenken und Fort- und Weiterbildungen gezielt ausbauen. Wir schaffen die Voraussetzun-

gen dafür, dass die digitalen Möglichkeiten an die pädagogische Gestaltung des Unterrichts angepasst werden. Digitale Bildungsangebote sollen genutzt werden, um selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen und den Kindern die besten Voraussetzungen für ihren weiteren beruflichen Lebensweg mitzugeben.

CDU: Wir sehen höchste Priorität in der Herstellung einer guten Digitalinfrastruktur. Gerade unsere berufsbildenden Schulen müssen adäquat zu den Anforderungen ihrer Schüler ausgestattet werden. Damit einhergehend bedarf es auch entsprechender Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Nur wer auf dem neusten Stand der Technik lernt, ist fit für die Wirtschaft. Wir sehen auch in den digitalen Lernfabriken, wie sie bereits in Baden-Württemberg erfolgreich umgesetzt werden, eine große Chance für RLP.

FDP: Wir Freien Demokraten streben die Einrichtung eines Zentrums für digitale Berufsbildung an. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung von Berufsschulen und ausbildenden Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote, vom zielgerichteten Einsatz digitaler Lernmittel, bis hin zur Konzeption neuer Ausbildungsmodule einer digitalisierten Arbeitswelt. Durch eine verstärkte Vernetzung zwischen den Unternehmen, den Kammern und den Schulen sollen die digitalen Ausbildungsangebote aktiv weiterentwickelt werden.

Eine Stärkung der Berufsbildenden Schulen ist weiterhin unerlässlich. Sei es durch eine bestmögliche Personalausstattung, passgenaue Technik und Raumangebote oder den Ausbau der Nutzung von webbasierten Unterrichtsformaten. Gerade für dünn besiedelte ländliche Regionen wollen wir Präsenzunterricht durch onlinegestützte Lerngruppen ergänzen.

Die Position des VLW: Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein mas-

siv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Wahlprüfstein 3: Besonderheiten der Berufsbildenden Schulen

Bei vielen bildungspolitischen Entscheidungen wird keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen. Das ist zuletzt bei vielen Maßnahmen anlässlich der Covid-19-Pandemie wieder deutlich geworden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?

SPD: Die Berufsbildenden Schulen sind eine unverzichtbare, tragende Säule des rheinland-pfälzischen Bildungssystems. Wohlwissend um den Wert und die Komplexität des BBS-Systems wollen wir deshalb auch mit Blick auf die Pandemiesituation weiterhin gerade den Berufsbildenden Schulen die größtmögliche Flexibilität hinsichtlich der Unterrichtsorganisation (Fernunterricht, Wechselunterricht) gewähren. Wir werden die Berufsbildenden Schulen weiterhin stärken und das eigenverantwortliche Arbeiten unterstützen, um vor Ort passgenau und flexibel agieren zu können, mit einem eigenen Budget und mit Unterstützung, z.B. durch das Pädagogische Landesinstitut, wo gewünscht. Außerdem werden wir ein besonderes Augenmerk auf die jeweils erforderliche digitale Ausstattung legen. Den besonderen digitalen Bedarf der berufsbildenden Schulen werden wir bei der digitalen Ausstattung berücksichtigen und flächendeckend digitalisieren. Digitale berufliche Lernzentren wollen wir dafür an den berufsbildenden Schulen ausbauen und digitale berufliche Kompetenzzentren als Multiplikatoren immer weiter in die Fläche bringen.

CDU: Wenn bisher keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen wurde, dann ist dies Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Das wird die CDU ändern.

FDP: Berufsbildende Schulen bieten ein breites Spektrum an Wegen, je nach individuellem Interesse und persönlichen Zielen, in Vollzeitschulformen oder im Rahmen einer dualen Berufsausbildung die ersten Schritte in die Arbeitswelt zu gehen und die unterschiedlichsten anerkannten Abschlüsse zu erreichen. Mit ihren Stärken – der Vielfalt an Schulformen und Abschlüssen sowie der Kombination von Allgemeinbildung und berufsbezogener Expertise – ist die berufsbildende Schule ein exzellentes Angebot, dass es zu erhalten und zu fördern gilt. Eine Schlechterstellung der beruflichen Bildung und damit der Berufsschullehrerinnen und -lehrer lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab.

Die Position des VLW: Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie de facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Wahlprüfstein 4: Nachwuchsgewinnung

Einer von der Bertelsmann-Stiftung 2018 veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm zufolge wird der Einstellungsbedarf an Lehrkräften an den Berufsbildenden Schulen bis 2035 um 84 % steigen (verglichen mit 2021). Mit den aktuellen Studentenzahlen für das Lehramt an BBS wird sich dieser Bedarf auf absehbare Zeit nicht decken lassen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieser Entwicklung begegnen?

SPD: Da Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebildet und eingestellt hat und dies auch weiter fortführen wird, sehen wir uns für die Zukunft grundsätzlich gut gerüstet. Allerdings gibt es auch bei uns, wie in anderen Bundesländern auch, einen Bedarf an BBS-Lehrkräften in den beruflichen Fächern. Unser Ziel ist es, Menschen langfristig für den Beruf des Lehrers an beruflichen Schulen zu gewinnen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir auch weiter für die Ausbildung von Lehrkräften im Bereich der Mangelfächer werben und diese bekannter machen, um die vielfältigen Möglichkeiten in diesem Bereich darzustellen. Wir wollen an Quer- und Seiteneinsteigermöglichkeiten festhalten,

den Berufsbildenden Schulen Spielraum geben, um eigenverantwortlich Lehrpersonal rekrutieren zu können und mit innovativen Studienmodellen mehr BBS-Lehrkräfte ausbilden.

CDU: Wir setzen auf ein Anreizsystem im Bereich der Mangelfächer. Mit bspw. einem Stipendiensystem oder zeitlich befristete Zulagen oder aber auch der Anerkennung von Arbeits Erfahrung außerhalb des Schuldienstes können hier motivierte neue Lehrkräfte gewonnen werden. Zusätzlich muss bei den Abiturientinnen und Abiturienten für dieses Studium geworben werden.

FDP: Die FDP Rheinland-Pfalz fordert eine Stärkung der beruflichen Bildung

in Rheinland-Pfalz. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Laufbahnen und Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie jungen Menschen eine echte Perspektive bieten.

Wir Freien Demokraten wollen Quereinsteiger aus der beruflichen Praxis ins Lehramt an berufsbildenden Schulen holen. Dafür wollen wir Weiterbildungsmodule flexibilisieren.

Die Position des VLW: Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Wahlprüfstein 5: Arbeitszeit der Lehrkräfte

Zur Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte kommen außerunterrichtliche Aufgaben, wie Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Teambesprechungen mit Kollegen, Gespräche mit Ausbildern und Eltern, Beratungsgespräche, Konferenzen, Unterrichtsentwicklung, Qualitätssicherung etc., hinzu. Die Liste wird immer länger, sodass die zeitliche Belastung in den letzten Jahren enorm angewachsen ist.

Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?

SPD: Wir haben schon jetzt in Rheinland-Pfalz mit die geringste Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im bundesweiten Vergleich. Über weitere Schritte werden wir bei entsprechenden Spielräumen entscheiden. Auch unterstützen wir die Altersteilzeit, um Lehrkräften, die dies wünschen, diese Möglichkeit der Entlastung zu geben. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir darüber hinaus mit mehr Lehrkräften, festen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie zusätzlichen Leitungsstunden für Schulleiterinnen und Schulleiter unterstützen. Um die Schulen dauerhaft zu stärken, setzen wir auf multiprofes-

sionelle Teams und werden zusätzliche Planstellen schaffen.

CDU: Die Dokumentation und andere Aufgaben, die nicht zur Lehre gehören (z.B. IT-Betreuung), nehmen zu. Mit einer Reduzierung der Dokumentationspflicht sowie der Einstellung von EDV-Fachkräften durch die Schulträger schaffen wir den Lehrkräften mehr Raum, sich wieder auf die Kernaufgaben zu konzentrieren.

FDP: Durch mehr Personal wollen wir die Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer begrenzen. Selbstverständlich muss auch die außerunterrichtliche

Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit berücksichtigt werden und es ist Aufgabe der Tarifpartner, dafür zu sorgen, dass die außerunterrichtliche Arbeitszeit nicht zu einer Form der unentgeltlichen Arbeit wird.

Die Position des VLW: Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Wahlprüfstein 6: Belastungsausgleich

In Zeiten des Fern- bzw. Wechselunterrichts sind viele Kolleginnen und Kollegen bis an ihre Belastungsgrenze, einige auch darüber hinaus gegangen, um die Unterrichtsversorgung ihrer Schüler sicherzustellen und um zu verhindern, dass diese zu Verlierern der Covid-19-Pandemie werden.

Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Belastungsausgleich sorgen?

SPD: Diese Pandemie verlangt sehr vielen Menschen in sehr vielen Bereichen das Äußerste ab und unsere Gesellschaft wird hier auf die Probe gestellt. Nicht nur wir, sondern unsere Kinder, Enkel, Urenkel und folgende Generationen werden die Kosten dieser Pandemie tragen müssen.

Lehrkräfte leisten in der Pandemie Herausragendes und sind zentral für die Gewährleistung des Rechts auf Bildung unserer Kinder. Es ist richtig, die pandemiebedingten Ausfälle auch finanziell zu fördern sind. Wir haben uns deshalb als regierungstragende Fraktion im Landtag dafür eingesetzt, dass mit dem Nachtragshaushalt 15 Millionen Euro und dem Sondervermögensgesetz weitere 25 Millionen Euro für den Abschluss befristeter Verträge an Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Damit kann flexibel reagiert werden, wenn aufgrund von Corona zusätzlicher Vertretungsbedarf an den Schulen entsteht. Insgesamt stehen zusätzlich 48 Millionen Euro zur Kompensation pandemiebedingter Ausfälle zur Verfügung. Dies gilt unter anderem für den Ausfall von Lehrkräften in Risikogruppen oder erhöhten Planungs- und Organisationsaufwand.

Davon abgesehen wollen wir weiterhin Belastungen für Lehrkräfte minimieren, indem wir beispielsweise Unterstützungsangebote über das Institut für Lehrgesundheit und das Pädagogische Landesinstitut bereithalten.

CDU: Wir wertschätzen die außerordentlichen Leistungen der Lehrkräfte, die sie aufgrund von Corona zusätzlich leisten, sehr und wollen die Möglichkei-

ten von Anrechnungsstunden überprüfen. Für die Zukunft ist es unerlässlich, dass jede Lehrkraft über ein dienstliches Endgerät verfügt. In diesem Zusammenhang sind vermehrte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte unerlässlich, um sie für Homeschooling, Hybrid- und Fernunterricht fit zu machen. Zur Steigerung der Attraktivität gehört für uns auch eine Besoldungsstruktur, die im Ländervergleich wettbewerbsfähig ist.

FDP: Wir halten es für wichtig, dass die Politik die Rahmenbedingungen so setzt, dass es den Tarifparteien mög-

lich ist, die Laufbahnen so zu gestalten, dass sie auch eine attraktive Perspektive bieten. Gleichzeitig stehen wir zu dem Grundsatz der Tarifautonomie und vertrauen darauf, dass die Tarifparteien in den Tarifverhandlungen Ihrer Verantwortung für ihren Zuständigkeitsbereich gerecht werden. Gerade in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Laufbahnen und des Berufsbildes ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Tarifparteien unerlässlich.

Die Position des VLW: Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitgut haben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Wahlprüfstein 7: Altersteilzeit

Die Altersteilzeit ermöglicht einen flexiblen Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand und wird von vielen Lehrkräften genutzt. Zusätzlich kann sie helfen, Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit zu vermeiden.

Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

SPD: Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende, aber auch anstrengende Arbeit. Wir erkennen ihr großes Engagement und ihre Leistung an und wollen die Altersteilzeit für Lehrkräfte fortführen, da dies eine entscheidende Entlastung für Geleistetes darstellt.

CDU: Wir sind der Ansicht, dass sich das derzeitige System bewährt hat. Deshalb möchten wir im Falle einer Regierungsbeteiligung daran festhalten.

FDP: Wir wollen attraktive Laufbahnen für die Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Berufsschulen, eine angemessene Altersversorgung gehört unbedingt dazu. Wir erwarten von den Tarifparteien, dass sie im Rahmen der Tarifver-

handlungen auch für diesen Bereich zu einem guten Kompromiss gelangen, welcher den Anliegen der Beschäftigten Rechnung trägt.

Die Position des VLW: Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

Die Berufsbildner wählen!

Wir kämpfen für eine starke BBS!



Wahlprüfstein 8: Unterrichtsversorgung

An den BBSn herrscht seit vielen Jahren ein Lehrermangel. Nach Berücksichtigung von real gehaltenen Vertretungsstunden ist an den BBSn nach wie vor der höchste Unterrichtsausfall aller Schularten zu beklagen. Viele in den Stundentafeln vorgesehenen und pädagogisch oder organisatorisch notwendigen Teilungen können deshalb nicht verwirklicht werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?

SPD: Wir haben uns stark gemacht für die beste Unterrichtsversorgung in der Geschichte des Landes und werden dies auch weiterhin tun. Rheinland-Pfalz hatte noch nie so eine gute Unterrichtsversorgung wie jetzt – das gilt gerade auch für die Berufsbildenden Schulen. Insgesamt wurden im Haushalt 2021 378 neue Stellen geschaffen, insgesamt mehr als 1.000 in dieser Wahlperiode. Allein für die Unterrichtsversorgung stehen knapp zweieinhalb Milliarden Euro im Haushaltsplan 2021. Diese Prioritätensetzung wollen wir beibehalten und haben die Berufsbildenden Schulen dabei fest im Blick. Eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent wird bei uns ab 2022 die Regel. Dazu werden wir auch den Vertretungspool immer weiter ausbauen und die Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall weiterentwickeln.

Gerade bei der Vielzahl der berufsbezogenen Fächer bleibt es eine Herausforderung, die jeweiligen Fachlehrerinnen und -lehrer zu finden. Das ist ein bundesweites Phänomen. Wir werden daher die bereits ergriffenen Maßnahmen (z.B. die Verbesserung der Studierbarkeit benötigter Bedarfsfächer, die Ausweitung des Seiten- und Quereinsteigerprogramms, breite Werbung für den Beruf, mehr Selbstständigkeit für die BBS) intensivieren und weiterentwickeln, um mehr Lehrkräfte mit beruflichen Fächern (insbesondere in den beruflichen Fächern Elektrotechnik, Gesundheit, Informatik, Informationstechnik, Metalltechnik, Sozialpädagogik, Wirtschaft und Mathematik) zu akquirieren.

CDU: Wir wollen grundsätzlich mehr Lehrkräfte einstellen. Unser Ziel ist die 105 %-ige Lehrerversorgung.

FDP: Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass der bereits eingeschlagene Weg, an allen Schularten mindestens eine 100 prozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen, beibehalten wird. Um so viel Lernzeit wie nötig und so wenig Unterrichtsausfall wie möglich zu gewährleisten, werden wir durch

digitale Lehr- und Lernmethoden, individuelle und projektbasierte Lernformen, gute Lehrerversorgung und Teams eine Unterrichtsversorgung herstellen, die einer 105 prozentigen Versorgung entspricht. Auf den Lehrer und die Lehrerin kommt es an.

Die Position des VLW: Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

Wahlprüfstein 9: Schulstrukturreform 2009

Als einziges Bundesland führt Rheinland-Pfalz die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit einer Realschule plus, obwohl es sich um eine Schulform der Berufsbildenden Schule handelt. Dies führt zu Verwerfungen, wie bspw. der Abordnung von BBS-Lehrkräften an RS plus, um dort die Unterrichtsversorgung mit für den Sek-II-Bereich qualifizierten Lehrkräften sicherzustellen.

Welche Maßnahmen planen Sie, um diesen Missstand zu beheben?

SPD: Die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit Realschulen plus ist eine wichtige Säule im rheinland-pfälzischen Bildungsangebot. Schülerinnen und Schüler sammeln Erfahrungen im schulischen Bereich, schließen nach Erwerb der Fachhochschulreife häufig eine duale Ausbildung an oder besuchen die auf die Fachhochschulreife aufbauenden Bildungsgänge der BBS. Die Versorgung mit Lehrkräften geschieht in enger Absprache der Beteiligten mit der Schulaufsicht. Die Fachoberschule eröffnet zusätzliche Einstellungschancen für BBS-Lehrkräfte.

CDU: Es wäre wichtig, das vielfältige Angebot der Berufsbildenden Schulen bekannter zu machen. Daher sollte es

frühzeitig auch schon Eltern von Grundschulkindern im Rahmen der Information über die schulischen Anschlusswege zur Kenntnis gebracht werden.

Die **FDP** hat diesen Wahlprüfstein im Zusammenhang mit Wahlprüfstein 3 (Besonderheiten der BBS) beantwortet.

Die Position des VLW: Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

Wahlprüfstein 10: Leistungsförderung

Seit Jahren wird sowohl von Ausbildungsbetrieben als auch von Hochschulen beklagt, dass Auszubildende und Studenten trotz guter Noten in den Abschlusszeugnissen nicht über die notwendigen Kenntnisse verfügen, um eine Ausbildung bzw. ein Studium erfolgreich zu absolvieren. Auch in den BBSn wird seit Jahren beklagt, dass zunehmend mehr Schüler die Eingangsvoraussetzungen tatsächlich nicht erfüllen, obwohl von den Zubringerschulen entsprechende Leistungen bescheinigt werden.

Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?

SPD: Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Kenntnisse und Kompetenzen haben, die ihnen bescheinigt werden – und die sie für ein erfolgreiches Leben nach der Schule brauchen. Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ein, das der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht wird und es erlaubt, sie individuell bestmöglich zu fördern. Schülerinnen und Schülern, die hier besondere Unterstützung benötigen, wollen wir zusätzliche Bildungsangebote machen, um pandemiebedingte Lernrückstände aufholen zu können.

Eine der besonderen Herausforderungen an den berufsbildenden Schulen ist, dass innerhalb von Klassen oft besonders differenziert werden muss, um berufsspezifische Inhalte zu behandeln. Deshalb setzen wir uns für eine bestmögliche strukturelle Unterrichtsversorgung ein, die neben dem Raum für den Pflichtunterricht zusätzliche Förder- und Differenzierungsangebote erlaubt.

CDU: Hierzu bedarf es verschiedener Ansätze. Die Bildungsqualität und das sichere Beherrschen von Grundkenntnissen muss von Schulbeginn an wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Es bedarf häufig persönlicher Unterstützung auch durch verstärkte Schulsozialarbeit. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen müssen zudem Ausstattung und Lernumgebung an die künftigen Herausforderungen der Berufswelt angepasst werden.

FDP: Für Freie Demokratinnen und Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Jede Schulform wird von uns gleichbehandelt. Wir wollen das Aufstiegsversprechen und Bildungsgerechtigkeit ins Zentrum stellen. Wir werden weiter konsequent daran arbeiten, für jedes Kind die beste Bildung anzubieten. Wir werden Konzepte in Schulen ermöglichen, durch die Schülerinnen und Schüler anhand ihrer individuellen Begabungen fachliche Schwerpunkte bilden können. Dafür brauchen wir solche Lehrkräfte, die für unsere Kinder bestmögliche kind- und jugendgerechte Lernumgebungen bereitstellen, in denen die freie Entfaltung der Talente im Vordergrund steht. Um die Schülerinnen und Schüler auf die komplexe (digitale) Arbeitswelt vorzubereiten, braucht es auch eine moder-

ne und digitale Ausstattung. Sämtliche Schulen sollen umgehend an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Zudem muss jede Lehrkraft in die Lage versetzt werden, die digitalen Angebote sinnvoll im eigenen fachlichen Kontext einzusetzen. Dazu wollen wir das Fortbildungsangebot qualitativ und quantitativ ausbauen.

Die Position des VLW: Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit den Wahlprüfsteinen haben wir Ihnen die nach unserer Auffassung zehn wichtigsten Themen präsentiert, die aktuell bzw. in den nächsten Jahren anstehen. Wir haben vier Landtagsparteien (von denen leider nur drei geantwortet haben) darum gebeten, zu diesen Themen Position zu beziehen. Die Zusammenstellung soll Ihnen eine Orientierungshilfe für die anstehende Landtagswahl am 14. März geben. Einer Kommentierung der Äußerungen haben wir uns bewusst enthalten, weil wir satzungsgemäß parteipolitisch neutral bleiben wollen. Gleichwohl haben wir auch jeweils unsere Position dargelegt, die wir verfasst haben, bevor uns Antworten der Parteien vorlagen. Wir würden sie heute allerdings immer noch genauso formulieren.

Da nach der Landtagswahl auch noch Personalratswahlen anstehen (3. bis 7. Mai), haben wir unsere Positionen zu einem Wahlprogramm zusammengefasst, welches wir Ihnen auf Seite 11 nochmals als Komplettübersicht präsentieren. Bitte unterstützen Sie uns bei den Wahlen zum Bezirks- und zum Hauptpersonalrat durch Ihre Stimme, und werben Sie auch in Ihrem Kollegium für die Listen des VLW, indem Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen über die Ziele des VLW sprechen - soweit das derzeit möglich ist. Vielen Dank!

Rückblick auf ein Jahr Pandemie – Wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt

Freitag der dreizehnte. Genauer gesagt war es Freitag, der 13. März 2020. Diesen Tag werde ich so schnell nicht vergessen. Ich war zu einem Unterrichtsbesuch in einem VWL-Grundkurs des beruflichen Gymnasiums an der BBS Wirtschaft in Koblenz geladen. Eine Lautsprecherdurchsage während des Unterrichts ließ verlauten, dass ab dem kommenden Montag die Präsenzpflcht ausgesetzt und Schulen geschlossen sein würden.

Diese völlig unvorhersehbare und bis dato undenkbare Situation erfasste auch die Lehrerbildung an unserem Studienseminar in Neuwied mit voller Wucht. Innerhalb kürzester Zeit musste die gesamte Prüfungsphase umgeplant werden, was zunächst zur Folge hatte, dass zweite Staatsprüfungen in mündliche und praktische Prüfungen gesplittet wurden. Um Prüfungen unter Infektionsschutzbedingungen durchführen zu können, mussten strenge Hygienepläne entwickelt und eingehalten werden. Als befremdlich empfinde ich nach wie vor das Prüfungsformat der Unterrichtsprüfung als Alternative zur Prüfungslehrprobe. Alleiniger Gegenstand dieses Prüfungsformats ist die Vorstellung eines geplanten Unterrichts mit anschließendem Prüfungsgespräch.

Über das Prüfungsgeschehen hinaus gab es noch eine Menge weiterer Herausforderungen. Unvermittelt musste die gesamte Lehrerbildung auf digitale Formate umgestellt werden. Wöchentlich finden im Studienseminar Neuwied mittwochs und donnerstags jeweils vormittags und nachmittags mehrere Ausbildungsveranstaltungen parallel statt. Folglich wurde eine große Anzahl an Veranstaltungen so konzipiert, dass diese vom heimischen Rechner aus durchgeführt werden konnten. Dank einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung,

der Lust am Ausprobieren, der Innovationsfreude und der Expertise vieler Kolleginnen und Kollegen sowie eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches konnte ein Großteil der Veranstaltungen ohne nennenswerte Qualitätseinbußen online „geschaltet“ werden. Darüber hinaus stand die neue Ausbildungsgruppe in den Startlöchern, die am 01.05.2020 ihre Ausbildung in Neuwied beginnen wollte. Auch deren Einführungsphase wurde komplett auf digitale Formate umgestellt. Da sich erst Ende Mai eine vorläufige Normalisierung des Unterrichtsgeschehens andeutete und Präsenzunterricht unter Wahrung strenger Hygienevorschriften wieder stattfinden konnte, bedurfte es „kreativer Lösungen“, um die Lehrerbildung in Gang zu halten. Unterrichtsbesuche in Präsenz waren in Zeiten von geschlossenen Schulen ebenfalls ausgeschlossen. Die Chance wurde genutzt, um Pionierarbeit zu leisten. Erstmals fanden Unterrichtsbesuche in der Form statt, dass Fachleiterinnen und Fachleiter zu Online-Stunden via Videokonferenz zugeschaltet wurden. Mittlerweile finde ich auf meinem privaten (!) Rechner sieben verschiedener Videokonferenzsysteme. Als echten didaktischen Mehrwert habe ich in diesem Kontext empfunden, dass sich auf unkomplizierte Art und Weise Vertreterinnen und Vertreter aus der beruflichen Praxis in den Unterricht bspw. als Fachleute zuschalten lassen.

Seit Dezember 2020 ist die Präsenzpflcht an rheinland-pfälzischen Schulen bis auf einige Abschlussklassen erneut aus- und Fernunterricht angesetzt. Ich konnte vielfach in deutschen Leitmedien lesen, dass in der Zwischenzeit an Schulen oder in der Lehrerbildung wenig geschehen sei. Diesem Eindruck möchte ich widersprechen. Mittlerweile gelingt die Umstellung auf digitale Veranstaltungsformate zügig. Viele Ausbil-



StD Thomas Becker, Fachleiter am Studienseminar BBS Neuwied

dungsveranstaltungen, die sich mit den veränderten Bedingungen von Unterricht, insbesondere der Digitalisierung, befassen, sind neu konzipiert worden. Ich erlebe sehr digitalkompetent agierende Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die sich schwierigen Herausforderungen stellen müssen. So sind bei der Unterrichtsplanung unterschiedliche Szenarien (Präsenzunterricht, Wechselunterricht, Fernunterricht) zu berücksichtigen. Der Unterricht wird zum größten Teil unter sehr heterogenen technischen Voraussetzungen seitens der Lernenden in Form von Videokonferenzen durchgeführt. Erschwerend kommt bei den Anwärterinnen und Anwärtern der Ausbildungsgruppe, die ihren Vorbereitungsdienst im November 2020 begannen, hinzu, dass sie ihre Klassen des ersten eigenverantwortlichen Unterrichts noch gar nicht persönlich kennenlernen konnten.

Rückblickend kann ich sagen, dass wir Kolleginnen und Kollegen des Studienseminars Neuwied die Situation bislang erfolgreich gemeistert haben. Ich bin tief davon beeindruckt, mit welcher positiver Energie den Herausforderungen größtenteils begegnet wird und wie innovativ die Anwärterinnen und Anwärterinnen ihren Fernunterricht gestalten. Was bleibt, ist die Sehnsucht nach persönlicher Begegnung auf allen Ebenen, denn Bildung braucht Bindung und diese lässt sich online nur schwerlich aufbauen und aufrechterhalten.

Personalratswahl 2021

Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz

Der VLW sieht sich als Interessenvertretung aller Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Daraus ergibt sich für uns als Verband und unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Personalräten die Aufgabe, in der bildungspolitischen Diskussion im Land dafür zu sorgen, dass die Belange der Berufsbildenden Schulen mehr als bisher Gehör finden, und gleichzeitig darauf zu achten, dass die Belange der Lehrkräfte hierbei nicht zu kurz kommen. Dies sind unsere Kernforderungen für die nächsten Jahre:

Sicherung der BBS

BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Digitalisierung

Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Besonderheiten der BBS

Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie da facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Nachwuchsgewinnung

Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Arbeitszeit der Lehrkräfte

Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Belastungsausgleich

Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitguthaben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Altersteilzeit

Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

Unterrichtsversorgung

Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen.

Fachoberschule

Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

Leistungsförderung

Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz

Unsere Liste für die Wahl zum Bezirkspersonalrat



Kurt Flöck (BBS Wissen)



Andreas Seehaus (BBS Landau)

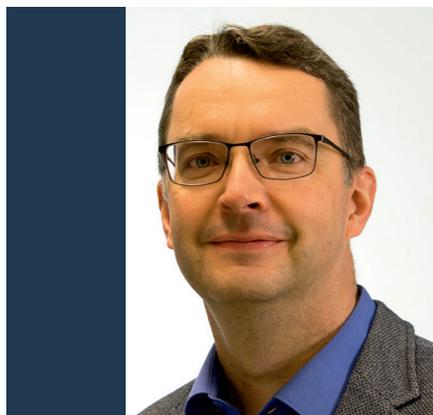


Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule)

1. Kurt Flöck (BBS Wissen)
2. Andreas Seehaus (BBS Landau)
3. Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
4. Jörg Schütz (BBS Bernkastel-Kues)
5. Emöke Anderlik (BBS Wirtschaft Worms)
6. Bianca Kolm (BBS Landau)
7. Michael Steuer (BBS Bernkastel-Kues)
8. Oliver Friderichs (BBS Cochem)
9. Peter Kempf (BBS Bingen)
10. Christian Flory (BBS Südliche Weinstraße)

11. Silke Hill (BBS Bernkastel-Kues)
12. Jens Spornitz (BBS Wirtschaft Koblenz)
13. Fabian Peifer (BBS Rodalben)
14. Ulrike Wiesenberg (BBS Bernkastel-Kues)
15. Petra Studt (BBS Montabaur)
16. Martin Lützenkirchen (BBS Bingen)
17. Ute Edelmann (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)
18. Axel Wieß (BBS Simmern)
19. Michael Sühling (BBS III Mainz)
20. Anke Rinner (BBS Landau)

Unsere Liste für die Wahl zum Hauptpersonalrat



Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule)



Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)



Miriam Schmidle (BBS W Worms)

1. Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
2. Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)
3. Miriam Schmidle (BBS Wirtschaft Worms)
4. Pascal Schlimmer (BBS Pirmasens)
5. Christian Kasper (BBS Bernkastel-Kues)
6. Mario Passannante (Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein)
7. Jutta Macher (BBS III Mainz)
8. Annika Petilliot (BBS Pirmasens)
9. Sarah Trierweiler (BBS Wirtschaft Trier)
10. Kerstin Proksch (BBS Wirtschaft Bad Kreuznach)

11. Jürgen Schwindt (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
12. Thorsten Weber (BBS Wirtschaft Worms)
13. Patrick Grewis (BBS Bernkastel-Kues)
14. Dagmar König-Kries (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
15. Björn Hornburg (BBS Wissen)
16. Meike Stohrer (BBS Landau)
17. Joachim Huth (BBS Mayen)
18. Kathrin Stoll (BBS Rodalben)
19. Mirko Herrmann (BBS Wirtschaft Trier)
20. Ralf Ettlting (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)